

„Gender Mainstreaming“ im Gegenwind: Die Kontroverse in den Medien und Möglichkeiten feministischer Gegenrede(n)", *ZtG/HU-Berlin, 08.Mai 2007*

Christiane Thorn

„Gender Mainstreaming“ im Gegenwind: Die Kontroverse in den Medien und Möglichkeiten feministischer Gegenrede(n)"

Um die Ziele und Umsetzung von Gender Mainstreaming ist in jüngster Vergangenheit eine heftige Kontroverse in Deutschland entbrannt, die auch vor persönlichen Diffamierungen der im Themenfeld forschenden, beratenden und politisch engagierten Protagonistinnen bis hin zur Familienministerin, Ursula von der Leyen, nicht Halt macht.

In der Debatte ist etwa von „Genderistinnen“¹ die Rede, einer „hauchdünnen Funktionärsschicht in der Politik“², deren Ziel die „politische Geschlechtsumwandlung“³ der bundesrepublikanischen Bevölkerung nach dem „Kaderprinzip“⁴ mittels der Ideologie Gender Mainstreaming sei. Gender Mainstreaming sei eine „Art totalitärer Kommunismus in Sachen Sex und Geschlechterbeziehung“⁵, schlicht eine „Allmachtsphantasie“⁶.

Die diskursführende Kritiker/innen des Prinzips Gender Mainstreaming artikulieren sich vorrangig in den auflagenstarken Leitmedien dieser Republik – F.A.Z, Cicero, Spiegel und Stern - und finden auf diese Weise ein entsprechend breites Forum für ihre Thesen und Insinuationen.

Vor diesem Hintergrund will sich dieser Beitrag analytisch vertiefter mit dem Diskurs um Gender Mainstreaming befassen und perspektivisch erste Optionen feministischer Gegenreden bzw. -strategien entwerfen.

Zum Einstieg werden in einem kurzen Überblick die wesentlichen Charakteristika der Debatte skizziert und hierzu:

- die politischen Hintergründe ihres Entstehens beleuchtet
- die Hauptakteure und die jeweils dahinter stehenden Leitmedien sowie die jeweiligen Diskursposition identifiziert, d.h. der spezifische ideologischen Standort eines Akteurs bzw. eines Mediums von dem aus eine Beteiligung am Diskurs und seine Bewertung für Einzelne bzw. Gruppen u. Institutionen erfolgt⁷
- die wesentlichen Diskursstränge und die zugrunde liegenden Diskursstrategien analysiert: Neben den sprachlichen Stilmitteln, sind dies u. a. die inhaltlichen Argumentationsstrategien - z.B. Aussagen zur Definition von Weiblichkeit und Männlichkeit; Geschlechterrollenzuschreibungen und ihre Legitimation; der Umgang mit sexueller Orientierung; Zukunftsentwürfe von Geschlechter- und Familienbeziehungen etc.. Ebenso werden Plausibilitätsstruktur und Konsistenz der Argumentationsführung in den Blick genommen.

Die politischen Hintergründe: Der Demographischer Wandel und seine Folgen

Einer der zentralen Hintergründe und Katalysator der Debatte ist der demographische Wandel in der Bundesrepublik Deutschland, seine politische Bewertung und die Entwicklung möglicher Lösungsansätze.

1 Paulwitz, Michael: Im Labor der Menschenzüchter: Ideologische Umerziehung: „Gender Mainstreaming“ versucht plamäßig, den Neuen Menschen zu schaffen, in: Junge Freiheit, 12. Januar 2007

2 Röhl, Bettina: Die Gender Mainstreaming-Strategie, Cicero online Spezial 2006, Salon, unter: http://www.cicero.de/97.php?ress_id= 7&item= 581

3 Zastrow, Volker: „Gender Mainstreaming“. Politische Geschlechtsumwandlung, F.A.Z., 19.06.2006, Nr. 139 ebenda u. Paulwitz 12. Januar 2007

5 Röhl, Bettina: Die GM-Strategie (a.a.O)

6 ebenda

7 Jäger, Magret: Fatale Effekte. Die Kritik am Patriarchat im Einwanderungsdiskurs, Duisburg 1996; „Die Diskursposition „produziert und reproduziert die besonderen diskursiven Verstrickungen, die sich aus den bisher durchlebten und aktuellen Lebenslagen der Diskursbeteiligten speisen.“

„Gender Mainstreaming“ im Gegenwind: Die Kontroverse in den Medien und Möglichkeiten feministischer Gegenrede(n)“, *ZtG/HU-Berlin, 08.Mai 2007*

Die demographische Entwicklung in Deutschland ist wesentlich durch zwei Prozesse gekennzeichnet: 1. Einen zu erwartenden deutlichen Bevölkerungsrückgang in den kommenden Jahrzehnten (demographische Schrumpfung) 2. Die demographische Überalterung der Gesellschaft.

Demographische Schrumpfung

Künftig wird die Geburtenzahl in Deutschland weiter zurückgehen. Bedingt durch die niedrige Geburtenhäufigkeit, sie liegt derzeit bei 1,4 %, wird auch die Anzahl potenzieller Mütter immer kleiner. So sind die heute lebenden Mädchenjahrgänge bereits zahlenmäßig kleiner als die ihrer Mütter. Werden diese Mädchen im Erwachsenenalter ebenfalls durchschnittlich weniger als 2,1 Kinder zu Welt bringen, wird die künftige Kinderzahl weiter sinken, weil dann auch weniger potenzielle Mütter leben.⁸ „Der Rückgang der Bevölkerung ist nicht mehr aufzuhalten“⁹, urteilt Walter Rademacher, der Vizepräsident des Statistischen Bundesamtes.

Leben derzeit noch 82,4 Millionen Einwohner in Deutschland, wird die Bevölkerung bis ins Jahr 2050 deutlich schrumpfen. Dies verdeutlichen die Prognosevarianten der 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes. Die prognostizierten Werte liegen zwischen 74 Millionen (mittlere Bevölkerung: Obergrenze) und 69 Millionen (mittlere Bevölkerung: Untergrenze).¹⁰

Demographische Alterung

Neben dem Prozess der demographischen Schrumpfung, überaltert die bundesrepublikanische Gesellschaft zunehmend. Die Zahl der 60-Jährigen wird mit ca. einer Millionen bis ins Jahr 2050 etwa doppelt so hoch sein wie die Zahl der Neugeborenen. Die Zahl der hoch betagten 80-jährigen und älteren Menschen wird sich von heute knapp 4 Millionen auf 10 Millionen im Jahr 2050 nahezu verdreifachen.¹¹

Liegt der Jugendquotient¹² in Deutschland heute noch bei 33 %, so wird er bis ins Jahr 2050 bis auf 29% zurückgehen. Im gleichen Zeitraum wird der Altenquotient¹³ von derzeit 32% auf 60% oder 64 % im Jahr 2050¹⁴ nach oben schnellen.

Diese demographischen Entwicklungen werden den Altersaufbau nachhaltig verschieben. Im Jahr 2050 werden doppelt so viele alte wie junge Menschen in Deutschland leben. Die Bevölkerung im Erwerbsalter wird je nach Ausmaß der Zuwanderung zwischen 22% und 29% zurückgehen und die Altersstruktur innerhalb dieser Bevölkerungsgruppe sich deutlich zugunsten der älteren Erwerbstätigen von 50 bis 64 Jahren verschieben.¹⁵

Der Bevölkerungsrückgang und die Veränderungen in der Altersstruktur werden tief greifende Auswirkungen auf fast alle Bereiche unseres gesellschaftlichen Lebens haben.¹⁶

Dies gilt insbesondere für:

8 Statistisches Bundesamt: „Bevölkerung Deutschlands bis 2050 – 11. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung“, verfasst v. Eisenmenger, Matthias/ Pötzsch, Olga /Sommer, Bettina Wiesbaden Nov. 2006

9 Statistisches Bundesamt: Pressemitteilung vom 7. November 2006

10 ebenda

11 gemäß 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung

12 die Anzahl der unter 20-Jährigen je 100 Personen im Alter von 20 bis unter 65 Jahren

13 die Anzahl der 65-Jährigen und Älteren je 100 Personen von 20 bis unter 65 Jahren

14 je nach Variante der Bevölkerungsvorausberechnung; gemäß der 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung

15 gemäß 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung

16 Christoph Butterwegge wendet sich anlässlich einer Anhörung im Hessischen Landtag am 10.11.2004 unter dem Titel: „Zwischen der sozialen Wirklichkeit und ihrer öffentlichen Wahrnehmung liegen Welten. Bemerkungen zum demografischen Wandel bzw. zur Notwendigkeit seiner Entdramatisierung“ - gegen die Dramatisierung des demographischen Wandels: „Wenn die deutsche Gesellschaft will, kann sie den demografischen Wandel sowie seine Folgen für Ökonomie, Sozialstaat und Stadtentwicklung, die ich nicht leugne, solidarisch bewältigen, denn sie ist so reich wie nie.“

„Gender Mainstreaming“ im Gegenwind: Die Kontroverse in den Medien und Möglichkeiten feministischer Gegenrede(n)", *ZtG/HU-Berlin, 08.Mai 2007*

- Die sozialen Sicherungssysteme,
- den Arbeitsmarkt,
- die Innovationsfähigkeit in Wissenschaft und Wirtschaft,
- den Bildungsbereich,
- die Familien- und Generationenbeziehungen
- und die Infra- und Siedlungsstrukturen.

Entsprechend alarmistisch fallen vielfach die medialen Reaktionen auf den vermeintlichen Gebärstreik und seine möglichen gesellschaftliche Folgen aus.

Insbesondere die Familienabstinenz von Akademikerinnen wird offen beklagt. Deren Geburtenverweigerung jedoch ist durchaus rational begründet. De-facto haben immer noch die Frauen mit den stärksten Einschränkungen und ökonomischen Wettbewerbsnachteilen durch Kinder zu rechnen. Nicht nur ihr persönlicher Freiraum, sondern insbesondere ihre finanzielle Unabhängigkeit und die beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten sind gefährdet¹⁷. Vor allem die hohen beruflichen Opportunitätskosten und die mangelnde Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind es, die hoch qualifizierte Frauen hier zu Lande vor einer Familiengründung zurückschrecken lassen.

Im Zentrum feuilletonistischer Wehklagen und zahlreicher Buchpublikationen zum Thema steht denn auch die zunehmende Pluralisierung und Erosion traditioneller Geschlechter- und Familienarrangements bis hinein in die (bildungs-)bürgerlichen Gesellschaftsschichten sowie die zunehmende Weigerung von Frauen sich mit Aufopferung und Selbstlosigkeit nahezu allein für den sozialen Kitt in dieser Gesellschaft zuständig und verantwortlich zu fühlen.

Sowohl wissenschaftlich als auch statistisch nahezu unbeachtet hingegen bleibt der ‚Zeugungsstreik‘ und damit die Rolle von Männern innerhalb von Familienplanung, -gründung und -leben.¹⁸ „Verschiedene Studien haben erwiesen, daß nicht in erster Linie Frauen, sondern vielmehr Männer in ihrer Lebensplanung Kinder ausschließen. Die von deutschen Männern durchschnittlich erwünschte Kinderzahl lag in der international vergleichenden Population Policy Acceptance Study (PPAS) des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung und der Robert Bosch Stiftung bei 1,59. Das ist der mit Abstand niedrigste Wert in 13 untersuchten europäischen Ländern.“¹⁹

Ebenso wenig werden die in Deutschland vorherrschenden Geschlechterstereotype und -verhältnisse systematisch nach ihrer Relevanz für den demographischen Wandel analysiert.

Bei der Fahndung nach den Ursachen für den Bevölkerungsrückgang in Deutschland sind die vermeintlichen ‚Täterinnen‘ in der medialen Debatte meist schnell ausgemacht: Es sind die Frauen, die sich ihrer >>ontologischen<< bzw. >>gottgewollten<< Bestimmung als Mutter verweigerten. Als Haupthindernis für die Erfüllung dieser weiblichen ‚Urbestimmung‘ wird vor allem die zunehmende Erwerbsintegration von Frauen identifiziert. Die mangelnde Vereinbarkeit von Beruf und Familie und die Frage nach der Beteiligung von Vätern wird in der Ursachenanalyse hingegen weitgehend ausgeblendet. Obgleich die Kenntnis gegenteiliger Erfahrungen aus Frankreich und den skandinavischen Ländern als allgemein bekannt vorausgesetzt werden dür-

17 Höhn, Charlotte/ Ette, Andreas Ette/ Ruckdeschel, Kerstin: Kinderwünsche in Deutschland. Konsequenzen für eine nachhaltige Familienpolitik Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung Bearbeitet von Friederike Grothe, Robert Bosch Stiftung, Stuttgart 2006

18 DIW.: Wer bleibt kinderlos? Sozialstrukturelle Daten zur Kinderlosigkeit von Frauen und Männern, Discussion papers 474, Berlin, Februar 2005, S. 14

19 Robert Bosch Stiftung (Hg.): Starke Familie. Bericht der Kommission »Familie und demographischer Wandel«, Stuttgart 2005, S. 23; vgl. auch die Ergebnisse des: BMFSFJ: Monitor Familiendemographie, Ausgabe Nr. 3: Väter und Vaterbilder in Deutschland, September 2005 und DIW.: Wer bleibt kinderlos? Sozialstrukturelle Daten zur Kinderlosigkeit von Frauen und Männern, Discussion papers 474, Berlin, Februar 2005

„Gender Mainstreaming“ im Gegenwind: Die Kontroverse in den Medien und Möglichkeiten feministischer Gegenrede(n)", *ZtG/HU-Berlin, 08.Mai 2007*

fen. Dort sind im europäischen Vergleich sowohl die Frauenerwerbsquote als auch die Kinderzahl relativ hoch.

Wenn die Rolle von Männern und Vätern in diesem Diskurs überhaupt thematisiert werden, dann polarisierend wie in Mattias Mattusek's „Vaterlose Gesellschaft. Überfällige Anmerkungen zum Geschlechterkampf“ (1999) als rechtlose, gedemütigte und diskriminierte Gruppe, die der feministischen Hybris hoffnungslos unterlegen und ausgeliefert gegenübersteht.

Die neo-konservativen Positionen werden mit den aktuellen familien- und gleichstellungspolitischen Strategien jedoch weitgehend konterkariert.

Basierend auf den Erkenntnissen, dass die Kinderzahlen dort in Europa hoch liegen, wo die Berufstätigkeit von Frauen breit akzeptiert wird, die öffentliche Kinderbetreuungsstruktur gut ausgebaut ist, wo sich auch Väter aktiv um Kinder kümmern und dies gesellschaftlich wertgeschätzt wird, zielen **die politischen Lösungsansätze des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend**, vor allem auf:

- **Eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf** durch den Ausbau der nicht-elterlichen, öffentlichen Kinderbetreuungsstruktur (Krippen, Kindergärten, Horte). Hier haben vor allem die westlichen Bundesländer wie Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein und Niedersachsen²⁰ einen hohen Nachholbedarf, deutlich bessere Betreuungsquoten hingegen weisen Rheinland-Pfalz, Baden Württemberg und die östlichen Bundesländer auf.
- **Die Förderung des Ausbaus der haushaltsnahen, dienstleistenden Infrastruktur:** Erwerbsbedingte Kinderbetreuungskosten können seit dem 1.1.2006 in einem wesentlich höheren Maße als bisher steuerlich abgesetzt werden.²¹
- **Die Einführung des Elterngeldes²² und der Vätermonate**, um auch Männern die aktive Beteiligung an der Erziehungs- und Familienarbeit zu ermöglichen und die gesellschaftliche Akzeptanz hierfür zu fördern²³. Dieses familienpolitische Instrument zielt damit erstmals auf eine mögliche Transformation des traditionellen Geschlechterarrangements hin zu einer paritätischeren Beteiligung an Erziehungs- und Familienarbeit. Ebenso sendet die Maßnahme ein Signal an die Privatwirtschaft, dass die Geburt eines Kindes

20 in: Deutsche Jugendinstitut (DJI): "Zahlenspiegel 2005". Kindertagesbetreuung im Spiegel der Statistik: <http://www.bmfsfj.de/Publikationen/zahlenspiegel2005/vorwort.html> . Versorgungsgrad mit Plätzen für 3- bis unter 6½-Jährige nach Kreisen und kreisangehörigen Städten am 31.12.2002 (verfügbare Plätze je 100 Kinder von 3 bis unter 6½ Jahren), S. 84ff. „In Bezug auf Plätze für unter 3-Jährige und Kinder im Hortalter verläuft die entscheidende Linie zwischen Ost und West: Der östliche Landesteil weist durchgängig ein sehr viel höheres Angebot auf.“(S. 91)

21 Sie können ab dem ersten Euro nun für jedes Kind von 0 bis 14 Jahren zwei Drittel aller Kosten bis maximal 4.000 Euro pro Jahr steuerlich geltend machen. Im Steuergesetz werden diese Kosten dann wie Werbungskosten oder Betriebsausgaben berücksichtigt. Dabei ist es egal, wo das Kind betreut wird, ob im Kindergarten, bei Tageseltern oder ob eine Betreuungsperson ins Haus kommt. Mit dieser verbesserten steuerlichen Berücksichtigung von Kinderbetreuungskosten zielt die Bundesregierung auf positive Effekte für den Arbeitsmarkt - der privaten Haushalt und die Familie als Arbeitgeber werden gestärkt - und vor allem auf eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Profitieren sollen alle Eltern, die Steuern zahlen, also berufstätige Alleinerziehende und Paare. Das Gesetz trat rückwirkend zum 1. Januar 2006 in Kraft.

22 Das Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz trat zum 1. Januar 2007 in Kraft und löst das Erziehungsgeld ab. Der Lohnersatz in der Elternzeit beträgt 67% des vorherigen Nettoerwerbseinkommens bis zu einer monatlichen Höchstgrenze von 1.800 Euro pro Kind und mindestens 300 Euro. Nicht erwerbstätige Elternteile erhalten den Mindestbetrag zusätzlich zum bisherigen Familieneinkommen. Der Anspruch besteht für zwölf Monate und kann um weitere zwei Monate verlängert werden, sofern der jeweils andere Partner das Kind mindestens zwei Monate lang betreut. Nach ersten ausgewerteten Erfahrungen durch das Statistische Bundesamt ist die Väterbeteiligung an der Betreuung in den ersten Monaten nach der Geburt ihres Kindes doppelt so hoch wie beim Erziehungsgeld.

23 Die Bedeutung und Verwirklichungschancen aktiver Vaterschaft sowie die Anforderungen an eine verbesserte Work-Life-Balance wurden u. a. auch auf dem CDU-Grundwertekongress in Berlin positiv diskutiert.

„**Gender Mainstreaming**“ im Gegenwind: Die Kontroverse in den Medien und Möglichkeiten feministischer Gegenrede(n)", *ZtG/HU-Berlin, 08.Mai 2007*

nicht automatisch den Ausfall einer weiblichen Arbeitskraft bedeutet, sondern ebenso die Lebensplanung des Vaters tangiert. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf betrifft beide Geschlechter und erfordert Maßnahmen, die nicht länger vorrangig Frauen adressieren.

Im aktuellen Ansatz einer indirekten, pro-natalistisch-bevölkerungsorientierten Familienpolitik schwingt folglich zumindest die Möglichkeit der Erweiterung und Veränderung traditioneller Geschlechterrollenaufteilungen mit.

Damit wird der de-facto bereits eingetretenen Pluralisierung von Geschlechter- und Familienbeziehungen i. S. eines erweiterten Familienbegriffs Rechnung getragen. Wobei die traditionelle Kleinfamilie, die Familienform, in der nach wie vor die überwiegende Mehrheit der Kinder groß werden, nicht aus dem politischen Blick gerät.

Unterstützt wird diese Politik durch die **Weiterführung des Gender Mainstreaming Ansatzes** – öffentlich nunmehr kommuniziert unter der Formel „Gleichstellungspolitik als Erfolgsstrategie“ - und dessen weitere wissenschaftliche Begleitung durch das Gender Kompetenz Zentrum an der Humboldt-Universität zu Berlin.

Ebenso durch die Umsetzung der EU-Anti-Diskriminierungsrichtlinie in nationales Recht mit dem **Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG)**²⁴. Das AGG schreibt fest, dass niemand aus Gründen der Rasse oder wegen der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität benachteiligt werden darf (§ 1). Der Anwendungsbereich (§ 2) bezieht sich auf den Zugang zu Beruf und Beschäftigung (einschließlich selbständiger Tätigkeit) und die Beschäftigungs- und Arbeitsbedingungen, die Berufsbildung und -ausbildung, die Mitgliedschaft in Gewerkschaften und beruflichen Vereinigungen, den Sozialschutz und soziale Leistungen, die Bildung sowie den Zugang zu und die Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen, die der Öffentlichkeit zur Verfügung stehen, einschließlich von Wohnraum.

Das AGG wirkt ebenso wie Vereinbarkeitspolitiken und Gender Mainstreaming-Maßnahmen auf ein tolerantes und diskriminierungsfreies gesellschaftliches Miteinander hin.

Ist aber gleichwohl wie die vorgenannten Maßnahmen bis heute politisch umstritten. Aufgrund dessen konnte das AGG erst im dritten Anlauf und unter Androhung erheblicher Bußgeldzahlungen aus Brüssel am 7. Juli 2006 durch den Bundesrat verabschiedet werden und am 18. August 2006 in Kraft treten; lange nach Ablauf der europäischen Umsetzungsfristen.

Auch das EU-Jahr der Chancengleichheit 2007 zielt auf ein diskriminierungsfreies Miteinander. Es ist in der deutschen Öffentlichkeit aber bislang kaum präsent und wird bislang allenfalls über die Gewerkschaften und Interessenverbände positiv transportiert.

So viel in einem kurzen Überblick zu den wesentlichen politischen Hintergründen der kontroversen Debatte um Gender Mainstreaming, deren Ziele und Umsetzungsinstrumente.

Akteure und Leitmedien der Debatte

Die diskursführenden Akteure in dieser Debatte decken das gesamte politische Spektrum ab: Von links-liberal bzw. alternativ, über liberal-konservativ bis hin zu deutsch-national.

Im links-liberal bzw. alternativen Spektrum finden wir die dezidierten Gender Mainstreaming-Befürworterinnen Andrea Geier und Heide Oestreich von der taz.

Im Gender Mainstreaming-kritischen Lager polemisiert René Pfister im Magazin >>Der Spiegel<< gegen die derzeitige Gleichstellungs- und Familienpolitik der Bundesregierung.

24 im BT am 29. Juni 2006 beschlossen u. am 18. August 2006 in Kraft getreten, Gesetzestext unter <http://www.bmj.bund.de/files/973c17be1e2c741f3a21605183ffed42/1304/AGG.pdf>.

„Gender Mainstreaming“ im Gegenwind: Die Kontroverse in den Medien und Möglichkeiten feministischer Gegenrede(n)“, *ZtG/HU-Berlin*, 08.Mai 2007

Ebenfalls unter den Kritikern befindet sich Moritz Winde vom Stern.

Im konservativ-liberalen Lager der Frankfurter Allgemeinen Zeitung diskreditiert Volker Zastrow das Gender Mainstreaming-Konzept und familiepolitische Ansätze, die auf eine Erweiterung der Geschlechterrollen setzen. Sascha Lehnartz äußert sich in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung zu den Zukunftsperspektiven des Mannes²⁵ schon weitaus sachorientierter und im Duktus deutlich moderater.

Im wertkonservativen und wirtschaftsliberalen Cicero, dem monatlich erscheinenden „Magazin für politische Kultur“, treiben Bettina Röhl und Eva Herrmann den gleichstellungspolitischen Backlash voran.

Vom konservativ-rechten Rand polemisieren Michael Paulwitz, Moritz Schwartz und Christian Rudolf in der Jungen Freiheit gegen Gender Mainstreaming. Das konservativ-deutschnationale Selbstverständnis der Jungen Freiheit drückt sich bereits in ihrer Zielsetzung aus, „die große kulturelle und geistige Tradition der deutschen Nation in Ehren“²⁶ zu halten. Politologen und Extremismusforschern wie Wolfgang Gessenharter, Thomas Pfeiffer oder und Armin Pfahl-Traugher²⁷ bezeichnen sie als Sprachrohr der „Neuen Rechten“, das eine Scharnierfunktion zwischen demokratischem Konservatismus und extremer Rechte einnehme.

Die ZEIT äußert sich gewohnt differenziert, ausgewogen und tendenziell sympathisierend mit Eva Maria Schnurr zum Konzept des Gender Maintreaming. Sie trägt mit ihrer Berichterstattung wesentlich zur Versachlichung der Debatte sowie zur unabhängigen Informations- und Meinungsbildung ihrer Leser/innen bei.

Diskursstrategien

Beginnen möchte ich an dieser Stelle mit den sprachlichen Stilmitteln der Debatte. Sie sind maßgeblich verantwortlich für die beispiellosen Schärfe der Kritik und die persönlich diskreditierenden Angriffe auf Gender Mainstreaming-Protagonistinnen. Ebenso tragen sie zum insgesamt unsachlichen, verkürzenden und simplifizierenden Charakter der Debatte um die Auseinandersetzung mit dem Konzept Gender Mainstreaming bei.

Da wird beispielsweise die Familienministerin, Ursula von der Leyen, unbesehen in eine Reihe gestellt mit Machthabern totalitärer Regime - Lenin und Mao²⁸.

Sämtliche Texte atmen deutlich eine homophobe Ressentiments: Volker Zastrow stellt in der F.A.Z²⁹ fest, dass die sozialdemokratische Europaabgeordnete Lissy Gröner, nicht nur im Gleichstellungsausschuss vertreten ist wie auch stellv. im Haushaltsausschuss, sondern sich überdies in interfraktionellen Gruppen für „Gay and Lesbian Rights“ sowie für „Reproduktive Rechte“ engagiert. Er beschließt seine Reihung mit der Bemerkung, Gröner sei zwar zunächst heterosexuell gewesen und habe zwei Kinder, mittlerweile sei sie aber geschieden, und lebte seit 2005 in einer lesbischen Lebensgemeinschaft. Dies soll ganz offensichtlich ihre Person und ihre ‚homosexuell angetriebene‘ Arbeit für Gender Mainstreaming diskreditieren. Barbara Helfferich wird von Zastrow zunächst als eine der wichtigsten Netzwerkerinnen des deutschen Feminismus eingeführt, die Politik im Blut habe, welches freilich auf ihre männlichen Vorfahren zurückgehe. Allerdings bezieht sich Helfferich ‚verwerflicher‘ Weise in ihrer Arbeit ausdrücklich auf eine lesbische Theoretikerin, Betty Fridan. Zudem hält Zastrow fest, dass sie die sexuelle Orientie-

25 Lehnartz, Sascha: Der Mann von morgen. Lauter Problembärchen, Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 30.07.2006, Nr. 30

26 http://www.jungefreiheit.de/p_jf/selbstverstaendnis.htm

27 Gessenharter, Wolfgang / Pfeiffer, Thomas: Die Neue Rechte – Eine Gefahr für die Demokratie? Wiesbaden 2004; Backes, Uwe: Gestalt und Bedeutung des intellektuellen Rechtsextremismus in Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (B 46/2001), <http://www.bpb.de/publikationen/TTOIT8.html>

28 Paulwitz, 12. Januar 2007

29 Zastrow, 19.06.2006

„Gender Mainstreaming“ im Gegenwind: Die Kontroverse in den Medien und Möglichkeiten feministischer Gegenrede(n)“, *ZtG/HU-Berlin*, 08.Mai 2007

nung von Alice Schwarzer für bekannt aber unmaßgeblich hält. Helfferich sei zwar heterosexuell aber mit dem vermeintlichen Makel einer gescheiterten Ehe und dem ‚Stigma‘ der Kinderlosigkeit versehen. Zu Beginn ihres Berufslebens wollte sie zudem Kriegsberichterstatte(r)in werden, was uns wohl zum einen bedeuten soll, sie ist eine wagemutige, potentiell gefährliche Frau, zum anderen, dass ein Leben als Feministin vorgeblich trostlos endet, ohne erfüllte Mutterschaft und intakter Ehe.

Insgesamt lässt Zastrow Gender Mainstreaming als eine pervertierte Politik erscheinen, da sie von Homosexuellen betrieben werde und heterosexuelle, respektive ‚normale‘ Lebensformen gefährde und hintertreibe.

Im Cicero³⁰ erscheinen ‚Profi-Feministinnen‘ aus Perspektive der damals 13-jährigen Autorin Bettina Röhl als alte, dröge, unattraktive lust- und lebensfeindliche Frauen, die in einer grauenhaft anderen Welt leben, in der sie ihr vages, abstraktes und vor allem langweiliges feministisches Projekt vorantreiben: Ihre Ekelthemen sind Unterdrückung, Abtreibung, Vergewaltigung, Abhängigkeit und sexueller Missbrauch. Der Preis „dieser ein Leben lang im Geschlechterkampf Gefangenen“ sind kaputte Ehen, Bindungsangst und -unfähigkeit sowie eine verkorkste Sexualität. Die amerikanische Intellektuelle Susan Faludi erscheint in ihrem Text als furchtbare Feministin und humorlose Publizistin.

Auch Alice Schwarzer und ihr Engagement für eine weibliche, lesbische und bi-sexuelle Sexualität wird wiederholt, etwa im Cicero und bei Volker Zastrow diskreditiert.

Judith Butler erscheint bei Zastrow als Produkt eines überdrehten amerikanischen Universitätsbetriebes. Natürlich wird auch hier die Homosexualität der Gender und Queer-Theoretikerin hervorgehoben.

Der französische Philosoph, Michel Foucault, gerät vor allem als homosexueller, an den Folgen seiner Aids-Infektion verstorbener Wissenschaftler in den Blick. Es stellt sich die Frage, warum Volker Zastrow diese weithin bekannten Informationen einstreut, die substantiell nichts zur Sache beitragen, wenn sie nicht einzig der persönlichen Diskreditierung Foucaults als sexuell deviant dienen sollen.

Im Bereich Gender Mainstreaming Engagierte werden insgesamt angesprochen als: „FunktionärInnen, BürokratInnen und IntellektuellInnen“ mit fachlich und biographisch verengtem Horizont³¹, als Genderisten und linientreue Kader.³²

Diskursstränge - inhaltlichen Argumentationsstrategien

Die inhaltlichen Argumentationsstrategien der Kritiker/innen von Gender Mainstreaming wenden sich im Wesentlichen und zuallererst gegen:

- **Die Vorstellung von Gender als sozialem Konstrukt:** Die theoretische Annahme der kulturellen Konstruktion von gender, damit seiner Performativität und Veränderbarkeit wird als der >>natürlichen<< bzw. >>göttlichen Ordnung<< widersprechend zurückgewiesen. „Kaum vorstellbar, dass man die Biologie abschaffen kann oder darf“³³, hält Röhl im Cicero dem Konzept entgegen und wendet sich rigoros gegen die Vorstellung eines sozialen Geschlechts, dass jeder unabhängig von seinem ‚biologischen Geschlecht‘ frei wählen könne. Zastrow, Pfister und Röhl rekurren in ihrer Argumentation zudem auf das

30 Röhl, Bettina: Sex-Mythen des Feminismus, Cicero, Ausg. April 2005

31 Bock, Michael: Gender-Mainstreaming als totalitäre Strategie von Frauenpolitik, 14.04.2004, der Autor hat einen Lehrstuhl für Kriminologie, Jugendstrafrecht, Strafvollzug und Strafrecht an der Johannes Gutenberg-Universität inne, unter: <http://web.archive.org/web/20040414120139/http://radbruch.jura.uni-mainz.de/~bock/vortraege/bockvor11.html>

32 Paulwitz, 12. Januar 2007

33 Röhl, Bettina: Die GM-Strategie (a.a.O.)

„Gender Mainstreaming“ im Gegenwind: Die Kontroverse in den Medien und Möglichkeiten feministischer Gegenrede(n)“, *ZtG/HU-Berlin*, 08.Mai 2007

Schicksal Bruce/Brenda/David Reimers', um die These der Geschlechterbeliebigkeit zu widerlegen.³⁴ Darüber hinaus beziehen sie sich auf die Ergebnisse medizinisch-naturwissenschaftlicher Forschung³⁵ (Hirnforschung, Genforschung, Verhaltensforschung) als derzeit besonders wirkungsmächtige Disziplinen, um ihre These von der ontologischen Geschlechtlichkeit zu untermauern. Im Gegenzug votieren die Kritiker/innen des Konzepts Gender Mainstreaming für die Wiederherstellung der ontologischen bzw. schöpfungsmystisch legitimierten Ordnung i. S. einer Restaurierung traditioneller Geschlechterrollen und -arrangements.

- **Die Erweiterung der sexuellen Matrix des Begehrens** i.S. der Herauslösung von Gender aus der heterosexuellen Begehrensmatrix. Dieser theoretische Ansatz, so Zastrow, „widerstreitet der ursprünglichsten Wahrnehmung und Empfindung der meisten Menschen, den Religionen und naturwissenschaftlicher Forschung.“³⁶ In diesen Diskursstrang regelmäßig eingewoben wird der homophobe Anwurf³⁷ Gender Mainstreaming sei ein Konzept schwul-lesbischer Theoretikerinnen und Aktivistinnen, die zumeist in ‚dubiosen Lebensgemeinschaften‘ leben. Der Zusammenhang von Feminismus und Lesbenbewegung ist für Zastrow „nachgerade zwingend. Denn während homosexuelle Männer auch ohne Frau und Kinder in der sogenannten „patriarchalischen“ Gesellschaft erfolgreich sein konnten, bot sich diese Möglichkeit homosexuellen Frauen kaum. Ihnen drohte die Abwertung als „alte Jungfer“ (...).“³⁸ Dies bedeutet implizit, dass heterosexuelle ‚ahnungslose‘ Politikerinnen, die sich für Gender Mainstreaming engagieren, von den Interessen sexuell ‚depravierter‘ Feministinnen zu einem politischen Gleichstellungsprogramm gegen ihre ‚eigentlichen‘ Interessen verführt werden. Der verschleierte Nexus von Gleichstellungspolitik und Homosexualität sei nicht „offenbar“ und dürfe es auch nicht werden, weil die „Interessen von Lesben gerade in der bedeutsamen Frage von Ehe und Familie mit denen anderer Frauen keineswegs übereinstimmen“.³⁹ Die nachweislich vorhandenen gemeinsamen Zielsetzungen einer europäischen und deutschen Gleichstellungs- und Gleichbehandlungspolitik, beispielsweise für mehr Gendergerechtigkeit in der Wirtschaft (Entlohnungssysteme, Karrierechancen, Work-Life-Balance), in wirtschaftlichen und politischen Entscheidungspositionen, für Gender Budgeting und gegen Diskriminierung und Gewalt - werden in offensichtlich separierender Intention gelehnet.
- Attackiert werden darüber hinaus die so genannten Ladhüter der 68er: Patchwork-Familien, temporäre Lebenspartnerschaften, Abschaffung der Monogamie etc. als neue Heilsbotschaften im Köcher der GM-Aktivistinnen.⁴⁰ Auf Kosten und „im Angesicht des schönsten und größten Geheimnisses von Männern und Frauen, der sexuellen Anzie-

34 Zastrow, Volker: Der kleine Unterschied, F.A.Z., Nr. 208, 02.09.2006; Pfister, René: Der neue Mensch, Der Spiegel, 1/2007, 30. Dezember 2006; Röhl, Bettina: Der Sündenfall der Alice Schwarzer? Cicero online Spezial, Salon, 2006, Bruce/ Brenda / David Reimer wurde, nachdem ihm bei einem medizinischen Eingriff versehentlich der Penis verbrannt wurde, in einer weiteren Operation auch die Hoden entfernt. Nach seiner Kastration sollte Bruce Reimer, medizinisch begleitet durch Prof. John Money, fortan als Mädchen aufgezogen werden, unter Verheimlichung der vorangegangenen Geschehnisse. Erst zu Beginn der Pubertät wurde Reimer die Wahrheit über sein Schicksal offenbart und er beschloss fortan als Junge, David, weiterzuleben. Die Degradierung und Instrumentalisierung Reimers zum Objekt eines Geschlechterexperimentes zusammen mit der Verheimlichungsstrategie und dem damit verbundene Vertrauensbruch, zu dem Money auch die Eltern verpflichtete, endeten in einer Katastrophe. David Reimer beging am 4.Mai 2004 in tiefer Verzweiflung Selbstmord.

35 Zastrow, 02.09.2006

36 Zastrow, 19.06.2006

37 ebenda

38 ebenda

39 ebenda

40 Röhl, April 2005

„Gender Mainstreaming“ im Gegenwind: Die Kontroverse in den Medien und Möglichkeiten feministischer Gegenrede(n)", *ZtG/ HU-Berlin, 08.Mai 2007*

hungskraft zwischen Menschen“⁴¹, die offenbar nur in ‚normalen‘ heterosexuellen Beziehungen erfahren werden kann.

- **Das Okroyat zur Übernahme neuer Geschlechterrollen:** Kritisiert wird hier vor allem der Charakter von Gender Mainstreaming als „allumfassende“ Querschnittsaufgabe, die in alle gesellschaftlichen Bereiche und auf allen Ebenen eingezogen werden soll. Dieses Projekt der „politischen Geschlechtsumwandlung“ (Zastrow), sei ein dem sozialistischen Kader-Prinzip folgendes Umerziehungsprojekt das in frankensteinscher Manier nicht weniger zum Ziel hat als den „Neuen Menschen“⁴². Die traditionellen Geschlechterrollen sollen, nicht etwa erweitert und verändert, sondern so der Vorwurf, „zerstört“⁴³ werden. Parallelen mit totalitären Regimen des 20. Jahrhunderts⁴⁴ und deren Brain-Wash-Lagern sind explizit intendiert. Es ist die Rede vom samtene Totalitarismus, einer sektiererischen Gemeinschaft, einem lautlos heranrollendem Tsunami⁴⁵ und einer totalitären Ideologie.
- Besonders hervorstechend ist die **Angst vor dem Verlust der traditionellen Geschlechteridentitäten** wie sie beispielsweise in der Kritik Rene Pfisters an der Jungenarbeit von Dissens aufscheint. Im transformationsorientierten Ansatz von Dissens werden maskuline Identitätskonstruktionen und Verhaltensmuster systematisch hinterfragt und dort wo sie sich als problematisch erweisen auch zu deren Überwindung anregt. Hierbei geht nicht um die Zerstörung von Identitäten, sondern die Erweiterung von Rollen- und Selbstkonzepten und die Förderung eines toleranten und gewaltfreien Umgangs. Diese Zielsetzungen sind gleichermaßen ein Gewinn für die Teilnehmenden wie auch für die Gesellschaft. Röhl jedoch, wettet im Cicero⁴⁶: Jungs sollen in die GM-Umerziehungsschule verbracht werden, wo sie „die historischen Verbrechen der Männer an Frauen büffeln. Darin offenbare sich etwas „unschön Gruppendynamisches“, „Obrigkeitszwanghaftes“, ja „eine Allmachtsphantasie“.
Zastrow versteigt sich in Ablehnung neuer Geschlechterverhältnisse und Rollenzuweisungen und zur Verteidigung des traditionellen Familienbildes zu der Aussage: „Dieses mit der traditionellen Familie untrennbar verknüpfte Rollenbild ist ein urgewaltiger Topos in Kunst, Literatur und Religion, der im Innersten der meisten Menschen beim Gedanken an die eigene Mutter wiederhallt.“⁴⁷
- **Schaffung matriarchaler Verhältnisse:** Mit dem Gestus der Verschwörungstheorie wird behauptet, Gender Mainstreaming sei gefährlich, weil es mit einer historisch begründeten Rachelegitimation die Biologie abschaffen und neue Herrschaftsverhältnisse zugunsten von Frauen unter dem Wort Gleichberechtigung schaffen will. Ziel sei es ein Matriarchat auf leisen Sohlen herbei zu gendern.⁴⁸
- **Interessanterweise wird die ökonomische Ausrichtung von Gender Mainstreaming ebenfalls angegriffen:** Kritisiert wird die totale Mobilisierung aller menschlichen Ressourcen zur abhängigen Vollzeitwerbstätigkeit und damit die Abschaffung der Hausfrau und Mutter. Gender Mainstreaming betreibe Gleichstellungspolitik mit dem Ziel der Vollbeschäftigung von Frauen. Für Zastrow sind Frauen doppelbelastet als „Hausfrau und Mutter, deren Doppelaufgabe mit einer zusätzlichen Vollzeitberufstätigkeit kaum zu ver-

41 Röhl: Die GM-Strategie (a.a.O.)

42 Pfister, René: Der neue Mensch, Spiegel 1/ 2007, 30. Dezember 2006; Paulwitz, 12. Januar 2007

43 Zastrow, 19.06.2006; Pfister, 30. Dezember 2006;

44 Zastrow, 19.06.2006, Paulwitz, 12. Januar 2007

45 Röhl: Die GM-Strategie (a.a.O.)

46 ebenda

47 Zastrow, 19.06.2006

48 Röhl: Die GM-Strategie (a.a.O.)

„Gender Mainstreaming“ im Gegenwind: Die Kontroverse in den Medien und Möglichkeiten feministischer Gegenrede(n)“, *ZtG/HU-Berlin*, 08.Mai 2007

einbaren ist.“⁴⁹ Die Belastung bestehe nicht etwa in der mangelnden Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsarbeit, sondern in der Doppelbelastung durch Kinder und Ehegatten. Die ersten erfolgreichen Implementierungen von **Gender budgeting** geraten ebenso ins Visier der Kritiker/innen.

- **Die Verabschiedung von der als „klassisch“ titulierten Frauenförderung wird offen bedauert:** Diese konzentrierte sich weitgehend auf die Integration von Frauen in einen androzentrischen Mainstream (Integrationsansatz) und ging in ihren Anfangszeiten noch von einem bipolaren Geschlechterkonzept aus, dem sich auch die Kritiker/innen von Gender Mainstreaming explizit verbunden fühlen. GM hingegen adressiert das Geschlechterverhältnis als Herrschaftsverhältnis mit dem Anspruch einer anti(geschlechts)hierarchischen (Re-)Organisation von Politik und Transformation von Gesellschaft. Damit geraten die vergeschlechtlichten Gesellschaftsstrukturen insgesamt in den Blick des kritischen Transformationsprojektes und mit ihnen auch Männer als Adressaten und Akteure von Wandel (Change Agents). Dieser holistische Ansatz kann - nicht zu Unrecht - als Gefährdung des Lebensstils inklusive der traditionellen Geschlechterarrangements vor allem privilegierter, intellektueller weißer Mittelstandsmänner verstanden werden.
- Hieran schließt sich auch der **bürgerlich-liberale Standpunkt an, Gender Mainstreaming infiltrierte die Privatsphäre** und dort habe der Staat dergestalt tiefgreifend-interventionistisch nichts zu suchen.

Die Organisation der Implementierung von GM wird insgesamt kritisiert:

- **Bürokratievorwurf: Gender Mainstreaming sei ein bürokratisch-technokratisches Monstrum**, hier zeichnen sich die Autor/en/innen abermals durch einen selektiven und instrumentellen Umgang mit Material aus, orientiert an der Passgenauigkeit für die eigene Argumentationsstrategie

Weitere Vorwürfe sind, der Gender Mainstreaming-Ansatz:

- werde **undemokratisch umgesetzt**
- **sei unverständlich, intransparent und unbekannt**
- **sei ein Elitenprojekt** von Wissenschaftlerinnen, Bürokratinnen, Politikerinnen
- **werde überfinanziert** (selektive Nennung von Zahlen von Studien- und Implementierungskosten, „reichlich fließt Staatsknete in Gender-Checks und Implementierungsstudien für Nationalparks“, es ist von „wuchernden Budgets“ die Rede,“ Gender Mainstreaming sei ein milliarden-schweres Programm)
- **arbeite mit einer Gender-Tunnelperspektive**, die andere Diversity-Kategorien wie class, race ethnicity unter den Tisch fallen lasse. Die Intersektionalität der gender studies wird hier gezielt gelehnt, ebenso ihre Öffnung gegenüber Diversity Ansätzen.
- **sei eine skurrile Erfindung einiger weniger radikaler Profi-Feministinnen:** Die Gegner referieren in einigen Artikeln zwar völlig korrekt und teilweise auch recht umfassend die politische Genese des Gender Mainstreaming-Konzeptes und seine rechtliche Verankerung auf internationaler Ebene (UN-Konventionen, Deklarationen, Konferenzabschlussdokumente), supranationaler Ebene (EU, Amsterdamer Vertrag, Gleichstellungsrichtlinien) und nationaler Ebene (im GG, in der Allg. Geschäftsordnung des Bundestages und im AGG). Der rechtlich und normativ bindende Rahmen wird aber nicht als Ergebnis demokratischer Aushandlungs- und Gesetzgebungsprozesse gewürdigt, sondern im Gegenteil, Gender

„Gender Mainstreaming“ im Gegenwind: Die Kontroverse in den Medien und Möglichkeiten feministischer Gegenrede(n)“, *ZtG/HU-Berlin, 08.Mai 2007*

Mainstreaming ungerührt dessen als Hirngespinnst einiger weniger Genderisten diskreditiert. Der immanente Widerspruch zur rechtlichen Absicherung und als international politisch anerkanntes Leitkonzept bleibt unkommentiert bestehen.

Perspektiven feministischer Gegenrede und -strategien

Die scharfen Angriffe auf das Konzept Gender Mainstreaming und seine Protagonistinnen kann durchaus gelesen werden als paradoxes Zeichen seiner zumindest in Teilen recht erfolgreichen Umsetzung, im Sinne der:

- Etablierung von Gendergerechtigkeit als gesellschaftspolitischer Leitorientierung und von Gender Mainstreaming als Umsetzungsstrategie (Querschnittsaufgabe)
- weitgehenden Institutionalisierung des Prinzips Gender Mainstreaming vor allem im Bereich der öffentlichen Verwaltung (Ministerien, Landesregierungen, Kommunen)
- erfolgreichen Aquirierung personeller und materieller Ressourcen als Voraussetzung für die Implementierung gleichstellungspolitischer Ziele
- erfolgreichen umfassenden rechtlichen Verankerung von Gleichstellungs- und Gleichbehandlungszielen.

Die folgenden Gedanken entwerfen erste **Perspektiven feministischer Gegenrede und -strategien** und thematisieren offene Fragen in der Kontroverse um Gender Mainstreaming:

- Die Erweiterung von Geschlechterrollen vorantreiben als eine Perspektive, die sowohl für Frauen als auch für Männer gewinnbringend ist. Erfahrungen aus Dänemark und den Niederlanden zeigen, dass eine Erweiterung von Geschlechterrollen und eine genderparitätischere Aufteilung von Familien- und Erwerbsarbeit möglich ist. In Dänemark, haben beide Partner gleiche Rechte und Pflichten in Beruf und Familie. 75 % aller Paarhaushalte sind Zweiverdienerhaushalte. Die Kinderbetreuung wurde bereits in den 90er Jahren stark ausgebaut. Auch in den Niederlanden wird versucht, Väter verstärkt in die Familienarbeit einzubinden. Dies geschieht durch eine bewusste Zeitpolitik. Hier arbeiten inzwischen 25 % aller Männer Teilzeit, weil man die sozialen Sicherungssysteme vom Einkommen entkoppelt hat.⁵⁰

Die Beispiele zeigen auch, dass eine bevölkerungspolitisch orientierte Familienpolitik zu kurz greift, wenn sie nicht durchgängig gleichstellungspolitische Normen in ihr Maßnahmenportfolio integriert. Eine gleichstellungsorientierte Familienpolitik kann auf eine Erweiterung und Transformation von Geschlechterrollen hinwirken, i. S. einer verbesserten Akzeptanz und Wertschätzung weiblicher Erwerbsbeteiligung und der Förderung einer aktiveren Rolle von Männern in Erziehung und Familie.

- Thematisierung des gesellschaftlichen Wertes von Reproduktionsarbeit innerhalb eines neo-liberalen ökonomischen Systems. Wie ernst meinen wir es beispielsweise mit der Zeit für Familie, der Pflege älterer Angehöriger etc., wenn zugleich die volle Integration möglichst aller in die Erwerbsarbeit angestrebt wird? Addieren sich zukünftig die zeitlichen Anforderungen für partnerschaftliche und familiäre Aufgaben mit den Erwerbszeiten ins Unermessliche oder wird es einen intelligenteren Umgang mit der Ressource Lebensarbeitszeit geben, der die Vereinbarkeit aus der Falle purer Addition und Mehrfachbelastung befreit? Daran knüpft sich unmittelbar die Frage gesellschaftlicher Wertschätzung unbezahlter Reproduktionsarbeit und ihrer gendergerechten Aufteilung an (Kindererziehung, Pflege).

50 BMFSFJ: „Zukunft Familie“, Ergebnisse aus dem 7. Familienbericht, Berlin 2005

„Gender Mainstreaming“ im Gegenwind: Die Kontroverse in den Medien und Möglichkeiten feministischer Gegenrede(n)", *ZtG/ HU-Berlin, 08.Mai 2007*

- Die Re-Traditionalisierung von Familien- und Geschlechterarrangements, insbesondere des Mutterbildes, zum Gegenstand kritischer wissenschaftlicher Analyse nehmen
- Gender Mainstreaming enthält als ein wesentliches integratives Element eine gleichstellungsorientierte Familienpolitik, darf sich aber nicht darauf beschränken. Die ‚klassischen‘ gleichstellungspolitischen Ziele für Gendergerechtigkeit in Wirtschaft, Politik, Umwelt, Soziales und Recht dürfen nicht im Angesicht des demographischen Wandels verdunsten, ihnen kommt die gleiche politische Priorität zu.
- Gleichstellungspolitisch relevante Forschungsergebnisse und Argumentationen differenziert in eine möglichst breite Öffentlichkeit vermitteln, um mehr Transparenz, Diskussionsbereitschaft und Rückhalt für die inhaltlichen Ziele des Gender Mainstreaming zu ermöglichen sowie dem Elitenvorwurf entgegenzuwirken
- Initiativen entwickeln, die eine vielstimmigere Kontroverse in den Medien vorantreiben, inklusive der Positionen der Befürworter/innen des Konzeptes
- Aus den Erfahrungen in anderen Politikbereichen lernen und Beispiele für >> Lessons learned<< und >>Best Practice<< in die Öffentlichkeit kommunizieren, um die gesellschaftlich positiven Effekte von Gender Mainstreaming sichtbar hervortreten zu lassen (Entwicklungszusammenarbeit, Bildungspolitik, Wirtschaft/ Gender und Diversity Management, gendersensible Medizin, positiven Effekte des Gender Budgeting etc.)
- Die Vernetzung mit genderpolitisch aktiven Männerforschern und –gruppen vorantreiben, die sich einem gleichstellungsorientierten Transformationansatz verbunden fühlen. In diesem Kontext die Vorteile und den Nutzen des Gender Mainstreaming-Ansatzes für Männer deutlicher kommunizieren.
- Das zivilgesellschaftliche Backing des wissenschaftlichen und politischen Engagements für Gender Mainstreaming verbessern: Frauen-, Gender- und Queer-Bewegungen ‚reanimieren‘ und reaktivieren, um einen breiteren gesellschaftlichen Diskurs und Rückhalt für genderpolitische Zielsetzungen zu erhalten.
- Soziale Bewegungen, die sich in umwelt-, friedens- und globalisierungspolitischen Problemfeldern engagieren mit genderpolitischen Themen als Querschnittsthemen inspirieren
- Die gegenseitige Inspiration von Gender- und Diversity-Forschung und Ansätzen vorantreiben, um zum einen Mehrfachdiskriminierungen adressieren zu können und zum anderen die ursprünglich holistische anti(geschlechts)hierarchische Transformationsorientierung des Gender Mainstreaming-Konzeptes zu betonen
- Grundsätzliche Reflexion und Diskussion von Gender Mainstreaming als inklusives Transformationsprojekt: Kann oder soll es sich für bürgerlich-liberale Perspektiven öffnen? Wie werden Pluralität und Toleranz innerhalb feministischer Konzepte und Bewegungen diskutiert? Ist ein konservativer Feminismus möglich?
- Feminismus ist kein Stigma: Zu einem bejahendem, öffentlichen Umgang mit den Zielsetzungen und Umsetzungsstrategien des Gender Mainstreaming ermutigen
- Gender Mainstreaming zielt auf die Umsetzung grundlegender Menschenrechte. Die umfassende rechtliche Verankerung und demokratische Legitimation von Gender Mainstreaming sollte deutlich vermittelt und die sich hieraus ableitende Notwendigkeit der gesellschaftlichen Implementierung kommuniziert werden.